

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 9. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 14. Juli 2016

1. Abgeordnete

**Dr. Tanja Machalet und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)**

Perspektiven zur Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes

Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Gesundheit der Länder haben auf der 89. Gesundheitsministerkonferenz 2016 (GMK 2016) einstimmig beschlossen, die Perspektiven für den Öffentlichen Gesundheitsdienst neu zu bestimmen und auf allen politischen Ebenen die Grundlagen für die Gewinnung qualifizierter motivierter Fachkräfte zu verbessern.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen will die Landesregierung auf der Grundlage des GMK-Beschlusses ergreifen, um den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Rheinland-Pfalz zu stärken und die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften zu verbessern?
2. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Verknüpfung von Wissenschaft und Öffentlichem Gesundheitsdienst bei?
3. Inwiefern teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst bei der Umsetzung der Landesrahmenvereinbarungen nach § 20 SGB V zum Präventionsgesetz eingebunden gehört?
4. Welche perspektivische Rolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sieht die Landesregierung bei der Planung und Gestaltung regionaler Gesundheitsversorgungskonzepte?

2. Abgeordnete

**Alexander Licht und
Christian Baldauf (CDU)**

Kenntnis der Landesregierung von den Businessplänen der SYT im Verkaufsprozess des Flughafens Hahn

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Mitglieder der Landesregierung und welche Staatssekretäre haben die Businesspläne der SYT gelesen, bewertet und/oder vorgetragen bekommen?
2. Zu welchem Zeitpunkt ist dieses geschehen?
3. Inwieweit hat die Vorlage der Businesspläne das Interesse der Landesregierung an dem Käufer beeinflusst?
4. Welche Besuche, Kontakte und Treffen – auch unter Einbeziehung des Bernsteinhändlers – haben bis zur Vertragsunterzeichnung mit welchen Ergebnissen stattgefunden?

**3. Abgeordnete
Dr. Sylvia Gross (AfD)**

Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Der 2007 etablierte und 2011 erweiterte Masterplan zur Stärkung der ambulanten hausärztlichen Versorgung in Rheinland-Pfalz soll dem drohenden Hausärztemangel entgegenwirken. Das in ihm enthaltene breitgefächerte Maßnahmenbündel soll – entsprechend des Koalitionsvertrages – abermals „durch neue Maßnahmen“ ergänzt werden.

Dennoch droht aufgrund der Altersstruktur der Hausärzte und fehlenden Nachbesetzungen eine Unterversorgung in ländlichen Gebieten.

Die geringe Nachfrage nach medizinischer Tätigkeit auf dem Lande könnte nicht zuletzt auch durch die wenig ausgebaute öffentliche Infrastruktur bedingt sein, da hierdurch die Erreichbarkeit des hausärztlichen Versorgungsangebotes erschwert wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Um welche konkreten neuen Maßnahmen, möglicherweise auch infrastrukturelle, handelt es sich hierbei zusätzlich zu den bereits existierenden?
2. Wieviel von den ab 2011 jährlich vom Land zur Verfügung gestellten 400 000 Euro Fördergelder – zwecks Förderung der hausärztlichen Tätigkeit in ausgewiesenen Fördergebieten – wurden seitdem pro Jahr bis heute abgerufen?
3. Wie viele akademische Lehrpraxen für Allgemeinmedizin gibt es aktuell im Land im Vergleich zu 2011 und 2014?
4. Welche Schubwirkung hat das Maßnahmenbündel in den entsprechenden Fördergebieten bisher insgesamt entfaltet, um doch noch einer medizinischen Versorgungslücke vorzubeugen?

**4. Abgeordneter
Steven Wink (FDP)**

IT-Sicherheit im Mittelstand

Ich frage die Landesregierung:

1. Gibt es Erkenntnisse darüber, ob kleine und mittlere Unternehmen in Rheinland-Pfalz Maßnahmen für Datenschutz und IT-Sicherheit ergreifen?
2. Welche Kommunikationswege nutzt die Landesregierung, den Mittelstand für das Thema IT-Sicherheit zu sensibilisieren und entsprechend zu informieren?
3. Ist bekannt, warum Unternehmen, die sich nicht ausreichend gegen digitale Angriffe schützen, diesen Bereich vernachlässigen?

**5. Abgeordneter
Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

„Willkommen im Urwald von morgen“ – Ferienprogramm des Nationalparks Hunsrück-Hochwald

Mit der Gründung des Nationalparks Hunsrück-Hochwald im Mai 2015 ist Rheinland-Pfalz um einen touristischen Höhepunkt reicher. Der Nationalpark bietet in diesem Jahr ein ganz besonderes Ferienprogramm und lädt zu über 365 Veranstaltungen unter dem Motto „Willkommen im Urwald von morgen“ ein. Die angebotenen Veranstaltungen, von Rangelntouren über Erlebnistouren bis hin zu Angeboten für Schulkinder, bieten für jeden etwas.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche verschiedenen Veranstaltungen stecken hinter dem Programm „Willkommen im Urwald von morgen“?
2. Wie bewertet die Landesregierung den Nationalpark Hunsrück-Hochwald und dessen Veranstaltungsprogramm als Teil der Tourismusstrategie des Landes?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Nationalpark Hunsrück-Hochwald und dessen Veranstaltungsprogramm als Teil des Landesprogramms „Umweltschutz im Alltag“?
4. Welche Rolle soll zukünftig das Hunsrückhaus im Bildungskonzept des Nationalparks spielen?

6. Abgeordnete**Alexander Licht und
Gabriele Wieland (CDU)****Kauf der Housing/Campus am Hahn durch die ADC**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Bei welchem Komplex ist die ADC Eigentümer und bei welchem nur Besitzer (bitte im Einzelnen begründen)?
2. Warum wurde der Grundstücksverkauf an die ADC mit einer so großen Eile durchgeführt?
3. In welchem Verhältnis steht der Kaufpreis zu den Mieteinnahmen?
4. Welche Zusicherung hat das Land der ADC im Zusammenhang mit dem Grundstücksverkauf gemacht?

7. Abgeordnete**Bettina Brück und
Johannes Kломann (SPD)****Erster Abiturjahrgang an G8-Gymnasien**

In Rheinland-Pfalz wurde das 8-jährige Gymnasium schrittweise an den Schulen eingeführt, an denen dies gewünscht wurde, und immer in Verbindung mit einer Ganztagschule. An neun G8GTS-Gymnasien hat in diesem Jahr erstmals ein Schülerjahrgang nach acht Jahren die allgemeine Hochschulreife erworben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie sind nach Kenntnis der Landesregierung die Ergebnisse des Abiturs in dem ersten G8-Jahrgang im Vergleich zu dem parallelen G9-Jahrgang ausgefallen?
2. Welche Schlüsse zieht die Landesregierung aus den Ergebnissen dieser Abiturprüfung bezüglich des Konzepts der 8-jährigen Gymnasien?
3. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung das 8-jährige Gymnasium in den anderen Bundesländern im Vergleich zu Rheinland-Pfalz entwickelt?

8. Abgeordneter**Joachim Paul (AfD)****Beobachtung und Einschätzung des Linksextremismus in Rheinland-Pfalz**

Beobachtung und Einschätzung des Linksextremismus durch das Innenministerium vor dem Hintergrund von Demonstrationen, die von Personen, die linksextremistischen Gruppierungen bzw. der linksextremistischen Szene angehören, organisiert, angemeldet, unterstützt bzw. besucht werden und von denen gewalttätige Ausschreitungen (Demonstration gegen die Räumung des besetzten Objekts „Rigaer Straße“ in Berlin, 9. und 10. Juli 2016) ausgehen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Gefahr ein, dass es in Rheinland-Pfalz im Rahmen von Demonstrationen, an denen Personen teilnehmen, die linksextremistischen Gruppierungen bzw. der linksextremen Szene angehören, zu schweren gewalttätigen Ausschreitungen wie jüngst in Berlin kommt?
2. Wie schätzt die Landesregierung die Gefahr ein, dass sich aus linksextremistischen Gruppierungen und der linksextremistischen Szene in Rheinland-Pfalz terroristische Strukturen entwickeln, die Anschläge auf Bürger, Politiker und Polizisten unternehmen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Bedeutung des Netzwerks bzw. der Internetplattform „indymedia.linksunten.org“ für die Vernetzung der linksextremen Szene und die Planung und Vorbereitung von gewalttätigen Aktionen?
4. Erwägt die Landesregierung angesichts des drastischen Anstiegs linksextremer Gewalttaten, die Beobachtung der linksextremistischen Szene in Rheinland-Pfalz zu verstärken und auszuweiten?

9. Abgeordnete**Jutta Blatzheim-Roegler**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Illegale Autorennen in Rheinland-Pfalz**

Auf Bundesebene wird zurzeit auf Initiative verschiedener Bundesländer über eine Verschärfung der Gesetzes gegen Teilnehmerinnen und Teilnehmer illegaler Autorennen diskutiert. Hintergrund sind mehrere schwere Unfälle u. a. mit Todesfolge in den vergangenen Monaten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über illegale Autorennen in Rheinland-Pfalz vor?
2. Gibt es eine statistische Auswertung über die Zahl der Unfallopfer als Folge illegaler Autorennen in Rheinland-Pfalz für die vergangenen drei Jahre?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, illegale Autorennen einzudämmen, bzw. vor deren Beginn zu unterbinden?
4. Welche Position vertritt die Landesregierung in der aktuellen Bundesratsinitiative u. a. der Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern?

10. Abgeordnete**Matthias Lammert und**
Dirk Herber (CDU)**Einsatz rheinland-pfälzischer Polizeibeamter in Berlin**

Der Presseberichterstattung war zu entnehmen, dass am vergangenen Wochenende bei Ausschreitungen rund um eine Demonstration der linksautonomen Hausbesetzerszene im Stadtteil Friedrichshain mehr als hundert Polizisten verletzt wurden. Rund 1800 Beamte waren danach im Einsatz, darunter auch solche aus Rheinland-Pfalz.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele rheinland-pfälzische Polizeibeamte waren vergangene Woche in Berlin im Einsatz?
2. Wie viele rheinland-pfälzische Polizeibeamte wurden während des Einsatzes verletzt und ist Sachschaden an Fahrzeugen und Ausstattung entstanden?
3. Wie viele Arbeitsstunden sind bei diesem Einsatz durch die rheinland-pfälzischen Polizeibeamten abgeleistet worden und wie viele Überstunden sind hinzugekommen?
4. An wie vielen Einsätzen in anderen Bundesländern waren rheinland-pfälzische Polizeibeamte in diesem Jahr bereits beteiligt (Angaben bitte differenziert nach Arbeitsstunden pro Einsatz und dadurch aufgebaute Überstunden)?

11. Abgeordnete**Bettina Brück und**
Alexander Fuhr (SPD)**Kampagne zur Berufs- und Studienorientierung „Kompetent in eigener Sache – Zukunft läuft“**

In diesem Jahr startete die Informationskampagne „Kompetent in eigener Sache – Zukunft läuft“ des rheinland-pfälzischen Bildungsministeriums. Im Zuge dieser Kampagne wurde die „Zukunft läuft“-App entwickelt, die im Juni mit dem Deutschen Preis für Onlinekommunikation ausgezeichnet wurde. Sie ist bundesweit die erste App eines Ministeriums zur Berufs- und Studienorientierung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Gründe waren ausschlaggebend für die Auszeichnung der App mit dem Deutschen Preis für Onlinekommunikation?
2. Welche Chancen ergeben sich aus der Nutzung der App für die Schülerinnen und Schüler?
3. Welche weiteren Schritte sind im Rahmen einer Weiterentwicklung der App geplant?

12. Abgeordnete**Hans Jürgen Noss und
Nico Steinbach (SPD)****Die Unwetter im Sommer 2016 und ihre Folgen**

Der bisherige Sommer des Jahres 2016 war geprägt durch zahlreiche schwere Unwetter in den Regionen unseres Landes. Starkregenereignisse, Hagel, schwere Gewitter und Blitzeinschläge verursachten dabei zahlreiche Personen- und Sachschäden bis hin zu Zugentgleisungen. Im ganzen Land waren Helferinnen und Helfer der Feuerwehren, der Sanitätsorganisationen, des Technischen Hilfswerks und auch der Polizei im Einsatz, um den Bürgerinnen und Bürgern bei der Bewältigung der Unwetterfolgen beizustehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie stellt sich nach Kenntnis der Landesregierung die Schadensbilanz der diversen Unwetterereignisse dieses Sommers dar?
2. Welche konkreten Vorfälle bildeten nach dem Gesamtbild Schwerpunktereignisse?
3. Welche Bilanz kann zu den Einsätzen der zahlreichen Helferinnen und Helfer gezogen werden?

